



Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Dienstsitz Berlin - 11055 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andreas Bleck
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Uwe Feiler

Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18 529 – 4623

FAX +49 (0)30 18 529 – 4629

E-MAIL 02@bmel.bund.de

INTERNET www.bmel.de

AZ 513-62707/0002

DATUM 8. Januar 2021

Fragen für den Monat Dezember 2020

Ihre am 4. Januar 2021 im Bundeskanzleramt eingegangenen Schriftlichen Fragen Nr. 12/526 und 12/527

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftliche Fragen

„Prüft die Bundesregierung, welche rechtlichen Hindernisse einer Intensivierung der Schwarzwildjagd entgegenstehen und wie gegebenenfalls Änderungen vorgenommen werden können, wenn ja zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gekommen?“

und

„Befürwortet die Bundesregierung eine bundesweit einheitliche Abschussprämie für Schwarzwild, wenn ja wie hoch sollte diese sein?“

beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Bundesregierung sieht keine rechtlichen Hindernisse auf Bundesebene, die eine intensive Schwarzwildbejagung verhindern. Insbesondere wurde durch die Aufhebung der Schonzeiten für Schwarzwild im März 2018 eine ganzjährige Bejagung von Schwarzwild ermöglicht. Im Übrigen soll nach dem Regierungsentwurf zur Jagdrechtsreform (Kabinettsbeschluss vom 4. November 2020) das jagdrechtliche Verbot für Nachtzieltechnik sowie das waffenrechtliche Verbot für Infrarotaufheller bei der Jagd auf Schwarzwild aufgehoben

werden, um den Abschuss zu erleichtern. Der Regierungsentwurf wird dem Deutschen Bundestag noch im Januar zugeleitet werden.

Zu Frage 2:

Die Bundesregierung sieht derzeit keine Notwendigkeit für eine bundeseinheitliche Abschussprämie für Schwarzwild. Die Zuständigkeit für die Gewährung etwaiger Abschussprämien für Schwarzwild liegt bei den Ländern. Da sich die Rahmenbedingungen hinsichtlich des Schwarzwildbestandes und anderer Gegebenheiten in den einzelnen Bundesländern stark unterscheiden können, ist es sinnvoll, dass die Bundesländer die Modalitäten für eine - falls erforderlich - Abschussprämie festlegen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. F. L.', written in a cursive style.